



Reden

01.07.2009

Thema „Flüchtlingsaufnahme- und Integrationsgesetz“

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes sage ich eine Antwort zu der Seite der CSU. Es ist ungeheuerlich, zu unterstellen, ein Flüchtlingsaufnahmegesetz biete Anreize zur Flucht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Den Anreiz zur Flucht bietet der Unrechtsstaat, aus dem man fliehen möchte, nicht der Staat, in den man gehen möchte.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir haben unseren Gesetzentwurf auch mit dem Wort der Integration geschmückt. Denn ein Flüchtling, der zu uns kommt, soll integriert werden, damit er unsere Gesellschaft, unsere Kultur, unsere Werte kennenlernt. Wenn sich die Situation in dem Land, aus dem er flieht, ändert, wird er in der Regel zurückkehren und in seinem Heimatstaat sagen, dass er in Bayern war, hier eine Demokratie, einen Rechtsstaat erlebt hat, hier Menschen erlebt hat, die ihm geholfen haben. Das wird er nach Hause transportieren und sagen: So einen Staat will ich auch zu Hause haben. Was wir hier machen, ist also Entwicklungshilfe par excellence. Denn wir schauen zu, dass wir Rechtsstaatlichkeit in die Welt transportieren. Wir können uns nicht darauf beschränken, das aufzusammeln, was an Informationen über Unrechtsstaaten zu uns gelangt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das Leverkusener Modellprojekt ist erprobt, aber noch nicht in Bayern. Wir wollten mit dem Modellversuch eine Brücke zur Regierungspartei bzw. zur Koalition von FDP und CSU schlagen, damit ein bisschen Mut dazu gefasst wird, sich auf so etwas einzulassen. Wenn es nach uns ginge, könnten wir das Modell leicht einführen. Aber bei Ihnen muss manchmal ein bisschen vorsichtiger vorgehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die grundsätzliche Frage ist: Wollen wir, dass Flüchtlinge in Bayern ein menschenwürdiges Leben leben können, ja oder nein? Wenn wir Artikel 1 des Grundgesetzes ernst nehmen, müssen wir sagen, dass das eine einfach zu beantwortende Frage ist. Wir müssen sagen: Ja, wir wollen, dass diese Menschen bei uns menschenwürdig leben.

Es sind Menschen, die aus Unrechtsstaaten fliehen. Sie haben in ihrer Heimat schlimme, unerträgliche Dinge erlebt. Was muss ein Mensch alles erleben, damit er flieht, seine Familie, seine Freunde, seine Heimat, seine gewohnte Umgebung verlässt, sich in eine unbekannte Zukunft begibt, sich auf eine Flucht einlässt, die teilweise noch grausamer ist als das, was er im Heimatland erlebt hat! Es kommen doch Kinder auch allein, ohne Eltern, ohne Geschwister, ohne Verwandte bei uns an. Was finden sie bei uns vor? Gemeinschaftsunterkünfte, teilweise noch verziert mit Stacheldraht. Meine Damen und Herren, da muss man sich wirklich schämen. Das ist eine Bodenlosigkeit!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Menschen, die zu uns kommen, kommen aus allen Gesellschaftsschichten. Es sind Studierende, Menschen mit kaufmännischer Ausbildung, Menschen, die in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Wenn man diese Menschen in Gemeinschaftsunterkünften quasi wegsperret, teilweise 17 oder 18 Jahre lang, dann können sie keinen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten. Wir brauchen in unserer Gesellschaft aber solche Menschen. Menschen, die zu uns kommen, werden also von uns teilweise als personae non gratae behandelt. Das leuchtet mir nicht ein. Dabei könnten wir hier eine Wertschöpfung für unsere Gesellschaft vollbringen. Wir



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

müssen uns als Gesellschaft auch selber daran messen lassen, wie wir mit den verfolgten Menschen umgehen. Wir können hier zeigen, dass wir ein Herz haben.

Nach Artikel 131 der Bayerischen Verfassung sollen "Herz und Charakter" gebildet werden. Manchmal hat man den Eindruck: Bei manchen Leuten ist weder das eine noch das andere gebildet worden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Deswegen müssen wir danach trachten, dem Freistaat Bayern in dieser Frage ein menschliches Antlitz zu verleihen. Frau Ministerin, Sie haben ein nettes Angesicht. Verleihen Sie dem Staat auch noch ein paar menschliche Züge. In diesem Sinne liegt auch unser Gesetzentwurf. Ich appelliere, ihn zu unterstützen. Geben Sie sich einen Ruck. Hier geht es um Menschen, die in unwürdigen Verhältnissen leben müssen. Die Zustände haben wir geschaffen. Wir können sie ändern. Also packen wir's an!

(Beifall bei den Freien Wählern)